Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133;

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Fami lienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 485. Halle, Sonnabend, den 16. Oktober 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

Die Einigung zwischen Delacroix und Lloyd George.

Neue bolschewistischen Greuelmeldungen — Fortdauer der russischen Offensive trotz Waffenstillstand — Besprechungen über den internationalen Reiseverkehr.

Die Gründung eines Bürgerbundes in Halle.

In fast allen Städten Deutschlands macht sich schon seit längerer Zeit im Bürgertum die Ueberzeugung geltend, daß die Art, wie von den politischen Parteien aller Schattierungen die Wahlkämpfe geführt und die Propaganda für die Parteiziele getrieben werden, nicht die richtige ist, um uns aus dem gegenwärtigen Tiefstand unproduktiver Debatten und zum Teil nörgelnder, negativer Kritik zu wertvoller schöpferischer Arbeit emporzuführen. Es ist ein Zeichen der Gesundung unseres Volkes, daß in den breitesten Schichten die Abneigung gegen öden Doktrinarismus und fades Schwätzertum zunimmt und der Wille zum produktiven Schaffen in starker Gemeinsamkeit wächst. Gewiß sind die Ideale, die jede politische Partei auf ihr Banner geschrieben hat, von der Absicht getragen, dem Volksganzen das Beste zu bringen. Darum sollte man es sich endlich abgewöhnen, diejenigen zu schmähen, die einer anderen politischen Anschauung huldigen und der Ueberzeugung sind, daß nur diese Anschauung dem gesamten Volke den Boden für eine erfreuliche Zukunft schafft. Man kann politische Ueberzeugungen für falsch halten und soll sie dann bekämpfen, ruhig und sachlich mit Argumenten, die die Unhaltbarkeit oder Undurchführbarkeit dieser Anschauungen beweisen. Man darf aber nicht vergessen, daß es sich in der Politik letzten Endes um Ziele handelt, die einen festen Rahmen um eine Volksgesamtheit schaffen und das in diesen Rahmen gestellte Volk gegen Gefahren schützen wollen, die ihm von außen drohen, oder aber nach Vorteilen für diese als Einheit zusammengefaßte Volksgemeinschaft im Zusammenleben der Völker streben. Das ist die hohe Auffassung von der Politik, die das Parteileben in den anderen Kulturländern der Welt durchglüht und daher diesen Völkern noch außen hin das Gepräge eines festeren nationalen Gefüges gibt. Bei uns in Deutschland ist das leider zum Schaden unseres Weltrufes anders, die Parteipolitik zeigt sich hier nicht national zusammenfassend, sondern spaltend, weil sie nicht vom Verständigungswillen, sondern vom Mißtrauen gegen das Nationalempfinden der politisch Andersdenkenden getragen wird und weil fast alle Parteien in ihrer Propaganda insofern den Boden der Ehrlichkeit verlassen, als sie den Massen gegenüber die Betonung des Gemeinsamen unterlassen und das Trennende in den Vordergrund stellen, ja sogar wider besseres Wissen dem politisch Andersdenkenden kurz und bündig das Nationalbewußtsein absprechen, um ihn in den Augen der zu beeinflussenden Wähler herabzusetzen. Diese Methode hat das politische Leben in unserem Vaterlande auf einen bedauerlichen Tiefstand gebracht, und es sind nicht die schlechtesten Elemente des deutschen Volkes, die sich dadurch angeekelt von der Politik zurückgezogen haben. Und wenn wir heute ein unfrohes Volk sind, daß sich nicht zur energischen Tat am Wiederaufbau aufraffen kann, so verdanken wir das letzten Endes ebenfalls dieser politischen Propagandamethode. Nur ein einiges Volk kann aus dem Tiefstand wieder zur Höhe kommen, einig in dem, was sich wirklich vereinigen läßt, einig darin, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen und die besten Kräfte nicht im fruchtlosen Streit um Ideen zu verzetteln. Der Kampf um Ideen, um Weltanschauungen, um Staatsauffassungen kann das Volk unter dem Einfluß geschickter Agitatoren von einer Art geistigen Opiumrausches in die andere treiben, durch die man die Realitäten des Lebens vergißt. Der Kampf um Ideen schafft weder Brot noch Kleidung, weder Kohle noch Rohstoffe und lähmt die Arbeitsenergie, führt zur materiellen Verelendung. Produktives Schaffen ist nur möglich auf der festen Grundlage des Gegebenen und der Auswertung der vorhandenen realen Tatsachen. Gute Gesetze und Ratschläge sind ebenso billig wie wertlos, wenn sie nicht in die Tat umgesetzt werden, sondern nur auf dem Papiere stehen. Ununterbrochen ertönt in den Zeitungen und in Versammlungen der Ruf: Nur die Arbeit kann uns retten, ertönt der Ruf nach der festen Hand, die unsere Wirtschaft wieder so in Gang bringt, daß unsere Zukunft gesichert wird, aber nur wenige legen selbst die Hand an, nur wenige haben den Mut, in ihrem Kreise aus den Gedanken Handlungen werden zu lassen. Und wenn da und dort einer oder der andere sich zur Tat oder zur Sammlung seiner Umgebung zur Tat aufrafft, dann fallen die Kritiker und Theoretiker von allen Seiten über ihn her, um ihm durch Verdächtigungen der Lauterkeit seiner Gesinnungen den Willen zur Tat zu lähmen und in die Reihen der Bevölkerung, auf die er rechnet, das Mißtrauen zu tragen.

Diese allgemeinen Betrachtungen voraus zu schicken, erschien mir notwendig, ehe ich mich im nachstehenden mit den Beurteilungen befasse, die der Gedanke der Bildung eines Hallischen Bürgerbundes in der hiesigen Presse gefunden hat. Das Rundschreiben, das der vorbereitende Ausschuß für den Bürgerbund versandt hat, ist in diesen Tagen bereits in allen hiesigen Blättern veröffentlicht worden. Es war von Haus aus nicht für die breite Oeffentlichkeit, sondern nur für einen beschränkten Kreis bestimmt, obwohl es nichts enthielt, was zu Mißtrauen Anlaß geben könnte. Durch irgend einen Vertrauensbruch ist es aber in die Hände der linksradikalen Presse gespielt worden und hat zu gehässigen Ausfällen gegen die Sammlungsbewegung geführt. Das gab den Urhebern der letzteren Veranlassung, die Schriftleitungen der bürgerlichen Presse ebenfalls um Veröffentlichung des Rundschreibens zu bitten und diesem Rundschreiben den Kommentar anzufügen, der unseren Lesern bereits bekannt ist. Gleichzeitig wurde den Schriftleitungen von mir mitgeteilt, daß zur Wahrung der denkbar größten Unparteilichkeit des neuen Bürgerbundes ein Pressebeirat aus Vertretern aller hiesigen Zeitungen, soweit sie einen solchen Sammlungsversuch unterstützen wollen, gebildet werden sollte, und es ist von mir gebeten worden, möglichst umgehend die für einen solchen Pressebeirat in Frage kommenden Kollegen namhaft zu machen, damit wir zu einer Besprechung zusammenkommen könnten. In dem vorbereitenden Ausschuß bezw. dem geschäftsführenden Vorstand des Bürgerausschusses ist ausdrücklich festgelegt worden, daß jede Parteipolitik vom Bürgerbund ferngehalten werden muß, wenn die Sammlung des Bürgertums zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen gelingen soll. Den Beteiligten, die übrigens politisch nicht nur der Demokratie, sondern auch anderen Parteien nahestehen, war und ist es heiliger Ernst mit dem Sammlungsgedanken, der sich u. a. in Leipzig so glänzend bewährt hat. Nun ist ein Teil der bürgerlichen Presse dieser Sammlungsbewegung insofern in den Rücken gefallen, als sie den Verdacht erweckte, als sollte diese Bewegung nur dazu dienen, der Demokratischen Partei neue Anhänger zuzuführen. In der „Hallischen Zeitung" versucht es deren Chefredakteur, die Bewegung dadurch zu diskreditieren, daß er zur Vorsicht mahnt, weil der demokratische Stadtverordnete Herr Minner das Rundschreiben unterschrieben habe und der Kommentar dazu von mir stamme. Ferner spricht er von der einseitigen Zusammensetzung der Kreise, von denen die Initiative zur Schaffung eines Bürgerbundes ausgehe, die zur Zurückhaltung mahne. Dann gibt Herr Helmut Böttcher seine Ansicht zum besten, wie ein Bürgerbund aussehen müßte. Er würde nichts anderes sein, als eine Art „Sipo in Zivil", die in Funktion tritt, sobald Polizei und Militär den Ruhestörern allein nicht gewachsen sein sollten.

Diese Art der Behandlung der Sache zwingt uns bedauerlicherweise zu einer öffentlichen Erörterung der Angelegenheit um so mehr, als der Böttchersche Artikel bereits zu einer neuen Polemik des „Volksblattes" Veranlassung gegeben hat, in welcher hinter der Bürgerbundsammlung ebenfalls parteipolitische Momente gesucht werden und weiter behauptet wird, daß die Böttcherschen Ausführungen nur den Zweck hätten, die Leitung des neuen Bundes der Deutschnationalen Volkspartei in die Hände zu spielen. Es ist tief bedauerlich, daß die Veröffentlichung in der „Hallischen Zeitung" erfolgt ist, ohne daß der Verfasser Gelegenheit genommen hatte, vorher eine Besprechung in dem geplanten Pressebeirat zu veranlassen. So kommt er — vielleicht ohne Grund — in den Verdacht, die beabsichtigte Sammlung des Bürgertums aus parteipolitischen Gründen zu hintertreiben.

Nach der Absicht der Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses ist der Bürgerbund nicht dazu da, Stoßtruppe für eine politische Partei zu werden. Weder für die Demokratie, noch für die Volkspartei, die beide auf dem Standpunkt stehen, daß es unter heutigen Verhältnissen ein Unding ist, gegen die Sozialdemokratie regieren zu wollen, noch aber für die Deutschnationale Volkspartei, deren Führer auch nicht ausnahmslos mit der von Herrn Böttcher vertretenen Ansicht einverstanden sein werden. Der Kampf um die politischen Anschauungen mag und soll von den politischen Parteien mit Hilfe ihrer Parteiorganisationen geführt werden. Der Bürgerbund soll eine Sammelstelle aller derjenigen Elemente werden, die nicht das Trennende der politischen Anschauung, sondern das Gemeinsame auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete in den Mittelpunkt tatkräftiger Aufbauarbeit gerückt und aus dem zersetzenden Parteikampf herausgehoben wissen wollen. Wer so denkt, wird bei der Arbeit im Bürgerbund mithelfen können ohne Rücksicht darauf, wie er im übrigen parteipolitisch denkt.

Wenn Herr Böttcher diese Idee zu diskreditieren versucht, weil sie in Halle zufällig von Demokraten angeregt zu sein scheint — was aber, wie schon gesagt, in Wirklichkeit nicht stimmt, weil dem Ausschuß auch ein Herr angehört, der politisch zur Volkspartei sich bekennt —, so wissen sowohl Herr Minner als auch ich uns über einen solchen Versuch erhaben, vielleicht gerade, weil wir Demokraten sind und als solche aus Prinzip Versöhnungs- und Ausgleichspolitik treiben. Das Urteil über den Diskreditierungsversuch können die Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses getrost der Oeffentlichkeit überlassen. Schon jetzt zeigt es sich, daß die Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen ist und weitgehende Unterstützung findet. Wir haben daher das Vertrauen, daß das Bürgertum ohne Unterschied der Parteiunserem Sammlungsruf folgen wird.

G. Jacob-Margella.

Die Einigung zwischen Delacroix und Lloyd George.

Jules Sauerwein gibt im „Matin" eine Unterredung mit dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix wieder, in der ihm dieser die Ergebnisse seiner Besprechungen mit Lloyd George darlegte. „Man habe sich", so führte Delacroix aus, „auf folgenden Plan geeinigt: Sachverständige, die von der Wiedergutmachungskommission auszuwählen sind, werden in allerkürzester Frist in Brüssel zur Beratung zusammentreten. Mit dem englischen Premierminister bin ich darin einig, daß keine Zeit weiter zu verlieren ist und daß, je schneller die deutsche Entschädigung festgesetzt werde, dies das Beste sei. Lloyd George hat mir zugegeben, daß die Sachverständigen, die die berufensten seien, mit den deutschen Sachverständigen zu beratschlagen, trotz alledem die Mitglieder der Wiedergutmachungskommission seien, denen ihre früheren Arbeiten und ihre ausgebreitete Vertrautheit mit der Materie gestatten würde, die Enddiskussion mit außergewöhnlicher Kompetenz zu führen. Daran wird sich, wie ich hoffe, unverzüglich eine Konferenz der Regierungen schließen, die das schwere Problem endgültig zu lösen berufen sein wird. Natürlich verpflichteten die Abmachungen zwischen uns beiden zunächst nur uns selber. Wir werden sie ungesäumt Frankreich und Italien unterbreiten. Giolitti hat schon erklärt, daß er diesem Verfahren seine grundsätzliche Zustimmung erteile. Ich hoffe, auch die französische Regierung wird das gleiche tun, sobald sie die Gründe kennt, die uns zu unserem Plan bewogen haben. Schließlich ist auch klar, daß wir uns im Hinblick auf diese Konferenz, die ja die Folge der Konferenz von Spa ist, mit einer fünften Macht zu verständigen haben, die an den Julidebatten teilnahm, nämlich mit Deutschland." Auf die Frage Sauerweins, ob zu der eigentlich technischen Konferenz nicht auch Vertreter der Vereinigten Staaten hinzugezogen würden, erwiderte Delacroix, daß man seiner Ansicht nach die Vereinigten Staaten in sehr herzlicher Form einladen müsse. Er zweifle nicht daran, daß sie dazu zu bestimmen seien, ebenso wie er auf ihre unentbehrliche Mitwirkung bei der Gesundung der europäischen Finanzen rechne. Zum Schluß warf Sauerwein noch die Frage auf, ob es nicht zu befürchten sei, daß Deutschland es vorzöge, sich an den Friedensvertrag zu halten, falls die Schätzungen seiner Schuld entsprechend den Forderungen der französischen öffentlichen Meinung sich streikt im Rahmen der realen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands hielten. Hierzu äußerte Delacroix: „Ich glaube nicht. Deutschland hat ebenso und mehr als die übrige Welt das Bedürfnis nach endlicher Klarstellung der Lage. Die anderen Länder können keine Geschäfte mit ihm anbahnen und Deutschland kann solche mit niemandem unternehmen, ohne daß nicht vorher die Hypothek festgestellt ist, die auf ihm lastet."

Der internationale Reiseverkehr.

Freitag beginnt in Paris die Konferenz der Völkerbundskommission, welche die Internationale Transportverkehrs- und Paßfrage besprechen will, um den Reiseverkehr zu erleichtern. Die einzelnen Länder haben eine große Anzahl Sachverständiger entsandt, da für die Arbeiten dieser Kommission erhebliches Interesse besteht.

Passive Resistenz der Zollbeamten?

Sämtliche deutschen Zollbeamten sind nach Mitteilungen aus Hamburg entschlossen, in den nächsten Tagen in passive Resistenz einzutreten, weil erstens für die Zollbeamten, als bisherige Landesbeamte, seit über sechs Monaten weder Ausführungsbestimmungen über die Zahlung der neuen Gehälter nach der Reichsbesoldungsordnung ergangen sind, noch zweitens das Reichsfinanzministerium die Gleichstellung der Zollbeamten mit den Verkehrsbeamten auch im endgültigen Regierungsentwurf für die Besoldungsordnung, der inzwischen dem Reichstage zugegangen ist, vorgenommen hat, obwohl von der Verwaltung selbst diese Härten anerkannt werden. Wir können an diese Absicht der Zollbeamten noch nicht glauben. Die passive Resistenz der Zollbeamten würde die größten wirtschaftlichen Gefahren für Deutschland heraufbeschwören. Gerade aber die klare Erkenntnis dieser Reichsgefährdung müßte die Leitung der Zollbeamten unbedingt davon zurückhalten, diesen Gedanken, der einem Erpressungsversuch gleich sieht, wie ein Ei dem andern, in die Oeffentlichkeit zu werfen. Wenn es schon einmal hart auf hart gehen soll, muß der Staat zeigen, daß er der stärkere Teil ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201016018/fragment/page=0001

Neue bolschewistische Greuelmeldungen.

Die „Bolsja Rossija" berichtet, daß die Kommission Kedrow in Archangelsk mit dem fürchterlichsten Terror arbeitet. Auf seinen Befehl wurden 1200 Menschen, die der Intelligenz angehörten und die aus der Gegend von Cholmogor am oberen Lauf der Dwina standen, kurzerhand erschossen. Die Mordbestien waren so fürchterlich, daß mehrere der roten Soldaten, die die Exekution ausführten, den Verstand verloren. Die Untersuchungskommission nimmt dabei noch fortgesetzt Verhaftungen vor. In der letzten Zeit wurden besonders Frauen und Mädchen verhaftet, die angeklagt werden, beunruhigende Gerüchte über den Bolschewismus verbreitet zu haben. In einer einzigen Nacht wurden 700 Frauen verhaftet.

Trotz Frieden überall Kämpfe.

In Stockholm einlaufende Moskauer Drahtnachrichten besagen, daß die Bolschewisten den Kampf auf der ganzen polnischen Front erfolgreich erneut aufgenommen haben. Auch wird die Einnahme von Mologetschno gemeldet.

Dagegen berichten Warschauer Meldungen von der Einnahme von Pinsk und Luck durch die Polen. Der polnische Vizepräsident Dasjynski hat gestern Pressevertretern gegenüber die Erklärung abgegeben, daß der endgültige Friede zwischen Polen und Sowjetrußland in sechs Wochen zustande kommen wird.

Der seltsame russisch-polnische Friede.

In Warschauer politischen und parlamentarischen Kreisen will man noch gar nicht so recht an den Frieden mit Rußland glauben. Man befürchtet, daß die Russen den Waffenstillstandsvertrag bei günstiger Gelegenheit brechen werden, um wieder die militärische Macht an sich zu reißen. Die polnische Regierung hat infolgedessen die Einberufung von zwei weiteren Jahrgängen gestern angeordnet. Auch die Jahresklasse 1901 muß sich bis Ende November stellen. Die Fortsetzung der militärischen Vorbereitungen in Polen ist unverkennbar und läßt auch darauf schließen, daß die polnische Regierung gar nicht geneigt scheint, den Frieden mit Rußland einzuhalten.

Eine Note des Völkerbundes

meldet: Leon Bourgeois, der Präsident des Völkerbundes, hatte gestern eine Unterredung mit Paderewski. Er forderte ihn auf, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die Wichtigkeit und den Ernst des Zwischenfalles von Wilna zu lenken und daran zu denken, daß auf Grund polnischer Initiative die Intervention des Völkerbundes in der litauischen Angelegenheit stattgefunden hat. Wenn Wilna nicht bald geräumt werde, werde sich der Völkerbund genötigt sehen, sich in kürzester Zeit zu versammeln, um die Lage zu prüfen, die er als sehr ernst betrachte.

Polen verleugnet den General Zeligowski.

Der polnische Gesandte in Paris, Graf Zamoyski, hat beim Ministerpräsidenten und Außenminister Leygues einen Besuch abgestattet und ihm im Namen der polnischen Regierung versichert, daß diese den General Zeligowski vollständig desavouiere und alle Maßnahmen ergreifen werde, um die in Wilna eingedrungenen Truppen zur Vernunft zurückzubringen. Ministerpräsident Leygues hat von dieser Erklärung unverzüglich dem Präsidenten des Völkerbundsrates Kenntnis gegeben.

Deutsches Reich.

Nachforschungen nach vermißten Deutschen in Polen. Der im Auftrage der polnischen Regierung für den deutsch-polnischen Gefangenenaustausch in Berlin wirkende Rittmeister Sozepannik erklärte anläßlich einer Besprechung, sei überzeugt, daß noch viele Deutsche in Polen einsitzen, ohne daß es der Regierung, als deren Vertreter er zurzeit in Berlin weile, möglich sei, ihren Aufenthalt nachzuweisen. Der polnische Vertreter gab dabei offen zu, dies sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß ganz allgemein die polnische Landesverwaltung noch sehr im argen liege. Im Rahmen der erwähnten Besprechung schlug nun Rittmeister Sozepannik vor, deutscherseits möge der polnischen Regierung ein Verzeichnis solcher Personen, die unter der Vermutung, sich in Polen aufzuhalten, vermißt werden, übermittelt werden. Er versprach, daß seine Regierung alles daran setzen werde, den Verbleib solcher Vermißten festzustellen und sie über Bentschen-Stentsch herauszugeben. Im Hinblick auf diese Zusage, die die Möglichkeit eröffnet, nach dem Aufenthalt von Vermißten, die sich vermutlich in Polen befinden, zu fahnden und ihre Auslieferung zu erreichen, wäre es zweckmäßig und wünschenswert, wenn alle Behörden, Angehörige und andere Personen, die irgendwie an dem Schicksal solcher Vermißten Anteil nehmen, der Landesgrenzpolizei im preußischen Ministerium des Innern unverzüglich unter Schilderung der näheren Umstände die Personalien solcher Vermißten einreichen.

Annahme des Schiedsspruches im hannoverschen Straßenbahnerstreik. Das Oberpräsidium in Hannover teilt mit: Der Schiedsspruch im Straßenbahnerstreik ist von beiden Parteien angenommen. Von den Streikenden haben abgestimmt 1303 für Annahme und 539 dagegen. Ueber die Einzelheiten der Tarifauslegungen finden noch Verhandlungen statt. — Wenn die Straßenbahner nicht mit neuen Forderungen kommen, dann kann bereits am heutigen Freitag auf einzelnen Linien der Verkehr eröffnet werden. Bevor der volle Verkehr wiederhergestellt ist, darüber können immer noch einige Tage vergehen. Zehn Wochen ruhte der Betrieb bekanntlich vollständig.

Verstaatlichung der Apotheken in Hamburg. Wie verlautet, wird der Hamburger Bürgerschaft demnächst ein Gesetzentwurf des Senats zugehen, in dem die Verstaatlichung sämtlicher Apotheken in Hamburg verlangt wird.

Auslands-Rundschau.

Die englische Bergarbeiterbewegung. „Telegraaf" meldet aus London, daß nach dem noch nicht vollständigen Abstimmungsergebnis 287 906 Bergarbeiter gegen und 78 495 Bergarbeiter für die Vorschläge der Bergwerksbesitzer gestimmt haben.

Albert Thomas kommt nach Berlin. Albert Thomas, der Präsident des Internationalen Arbeitsamts, hat am Mittwoch Genf verlassen, um sich nach Paris und darauf nach Berlin, Warschau und Prag zu begeben. Er wird in diesen Hauptstädten mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen in Verbindung treten und sich mit der deutschen, der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung über die Ratifikation und Anwendung der Washingtoner Beschlüsse aussprechen.

Ein armenisch-türkischer Krieg. Meldungen aus Batum besagen, daß die armenische Republik den türkischen Nationalisten den Krieg erklärt und eine allgemeine Mobilmachung angeordnet hat.

Eine Konferenz der Balkanstaaten in Bukarest. Nach einer Meldung des halbamtlichen „Adeverul" wird in nächster Zeit eine Konferenz der Balkanstaaten in Bukarest stattfinden, an der die Ministerpräsidenten aller Balkanstaaten teilnehmen werden. Die russischen Blätter feiern bereits begeistert das Erblühen eines neuen Balkanbundes, der den Frieden auf dem Balkan sichern soll.

Halle und Umgegend.

Halle, den 16. Oktober 1920.

Parteitag der U. S. P. D.

(4. Tag. Fortsetzung.)

Der bulgarische Genosse Kabatschew hält eine Rede in französischer Sprache, die von Dümig übersetzt wird. Er überbringt die Grüße der bulgarischen sozialistischen Partei. Auch in Bulgarien steht eine Linke einer Rechten im Kampfe gegenüber. Auch in den Balkanländern hat die nationale Politik und die Wirtschaft der Bourgeoisie Schiffbruch erlitten. Die Partei nimmt die russischen Bedingungen an. Sie fordert die deutschen revolutionären Parteien auf, ihre Schuldigkeit gegenüber dem Weltproletariat auszugeben.

Der Vorsitzende verlas ein Begrüßungstelegramm der jüdischen sozialistischen Arbeiterpartei.

Dann tritt die Mittagspause ein.

Sturmszenen während der Nachmittagssitzung.

In der heutigen Nachmittagssitzung platzten die durch eine viertägige Redeschlacht erhitzten Gemüter hart aufeinander. Den Anlaß gab die Kritik, die der Russe Lojowski an der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere an der Amsterdamer gewerkschaftlichen Internationale übte.

Auf die Ausführungen des Russen ruft die Rechte wiederholt: „Schwindel!" Und als Dißmann dem Redner zuruft: „Wie lange wollen Sie den Schwindel noch fortsetzen?" brach der Sturm los. Die Linke schreit: Raus! Dißmann raus!" Die Rechte hebt drohend die Fäuste und unterbricht den Redner, der sich vergeblich bemüht, sich Gehör zu verschaffen. Es ist 4½ Uhr. Der Lärm dauert an, schon über 20 Minuten. Die Linke stimmt die „Internationale" an, verstummt aber gleich wieder. Die Rechte umdrängt das Rednerpult, auf dem der Russe immer noch aushält. Endlich, auf Zureden von der Tribüne aus, tritt der Russe ab. Die Unruhe hält an. Die Gallerie schreit hinunter: „Weiter! Leistet positive Arbeit! Wir müssen euch bezahlen! Ihr müßt arbeiten lernen! Ihr wißt nicht mehr, wie es einem Proletarier zumute ist!" Der Redner ist wieder aufs Pult zurückgekehrt. Adolf Hoffmann donnerte auf der Tribüne, aber seine Stimme hörte man nicht. Wieder ist der Russe vom Pult verschwunden. Das Händewinken läßt nach.

„Genossinnen und Genossen," ertönt die Stimme des Vorsitzenden, „Genosse Lojowski erklärt, daß, wenn er eine Beleidigung ausgesprochen hat, er sie zurücknimmt. Der Parteitag ist auf einige Minuten vertagt." Gruppen bilden sich. Viele verlassen den Saal, sich nach der angestrengten Tätigkeit zu erquicken. Die Glücklichen! Der Saal summt von Rede und Gegenrede unter den einzelnen Gruppen. Von der Galerie wird ein Ohnmächtiger weggetragen. Eine Krankenbahre wird durch den Saal befördert. Auf der Tribüne entbrennt angesichts des Stenogramms der Rede Lojowskis ein harter Streit, eine Wiederholung des eben erlebten Dramas im Kleinen, ein Kampf zwischen Dittmann, Braß, Koenen, Adolf Hoffmann, Stöcker, Einhorn, Dißmann, Lojowski, Ledebour und anderen Größen des Tages. Kilian, der zufrieden Gewordene sitzt kontemplativ auf seinem Stuhl, als wundere er sich darüber, daß es noch Leute gibt, die die Revolution weitergetrieben wissen wollen.

Vorsitzender Braß teilt bei Beginn der Nachmittagssitzung mit, daß der Delegierte der lettischen revolutionären Partei die Grüße seiner Partei überbringt.

Hierauf wird dem

Führer der russischen Menschewisten, Martoff,

das Wort erteilt. Er betritt unter dem Klatschen der Rechten das Rednerpult. Er begrüßt die Partei mit sehr belegter Stimme in deutscher Sprache. Seine Rede wird verlesen.

Die Rede hebt hervor, daß Reformismus und Bolschewismus reaktionär sind. Beide sind die Feinde des bewußten revolutionären Klassenkampfes. Das Ergebnis des jetzt in den Arbeiterreihen entbrannten Kampfes wird sein der Sieg des revolutionären Marxismus. Im Bolschewismus haben die Arbeitermassen keinen Einfluß auf die Regierung, die mit einem fertigen Programm an sie hingetreten ist und es ihnen aufgezwungen hat. Die Führer der sozialistischen Parteien Norwegens und Schwedens wünschen, daß die Unabhängigen Deutschlands und die Sozialisten Frankreichs in die 3. Internationale eintreten, damit die Diktatur Moskaus beseitigt werde. Die Schritten der Parteien, die die Vorherrschaft Moskaus ablehnen, sind in Moskau beschlagnahmt worden. (Großer Lärm und andauernde Pfuirufe rechts.)

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsaussprache zwischen den beiden Vorsitzenden. Auch Adolf Hoffmann äußert sich. (Großer Lärm auf beiden Seiten.)

Die Rede Martoffs schildert des weiteren die Vorgänge auf dem Moskauer Kongreß, wo mit nebensächlichen Dingen die Zeit vertrödelt wird. Ueber die Polenpolitik während des Vorstoßes der Roten Armee gegen Warschau wurden weder die russischen Arbeiterparteien, noch die 3. Internationale befragt, sondern sie wurde vor vollendete Tatsachen gestellt.

In Soltau haben die Vertreter der Roten russischen Armee den demonstrierenden Nationalisten Deutschlands erklärt, daß sie Westpreußen den Deutschen wiedergeben wollten. (Hört, hört! rechts) Die russische Regierung hat im Verein mit den deutschen Nationalisten um diese Zeit den Krieg gegen Frankreich gewollt. (Hört, hört!)

Nach 3 Jahren Bürgerkrieg stirbt das russische Volk Hungers. In den Westländern und erst recht nicht in den Ententeländern vollzieht sich die Revolution nicht in dem Umfange und mit der Schnelligkeit, wie Trotzki und Lenin es gewünscht hatten, weil die Bedingungen nicht gegeben waren. Der heutige Stand der russischen Revolution hemmt die Entwicklung nicht nur in Rußland selbst, sondern auch im übrigen Europa.

Die Rede schildert eingehend die Politik Sowjetrußlands in Asien, wo nicht nur rechtssozialistische, sondern auch bürgerliche Regierungen geduldet und anerkannt werden. (Hört, hört! rechts und Ruf: Daher die Reinigung.)

Der Terror wird angewandt als Einschüchterungsversuch und unkontrollierbarer Mord; so hat man auf einmal 800 Maskierte erschossen, darunter auch einen Menschewisten, einen Metallarbeiter. (Hört, hört! rechts.) Es ist ausgeartet zum Massenterror gegen jeder-

Die Lage des privaten deutschen Kunstbesitzes.

Von

Wirkl. Geh. Rat Dr. Wilhelm von Bode,
Generaldirektor der staatlichen Museen a. D.

(Nachdruck verboten.)

Um den Privatbesitz von Werken alter Kunst steht es augenblicklich in Deutschland wahrlich nicht gut! Während oder nach dem Krieg ist er nahezu auf die Hälfte zusammengeschmolzen. Was wir mühsam in Jahrzehnten aufgebaut hatten, ist in wenigen Jahren, ja Monaten zertrümmert worden. Dazu sind die Hoffnungen für die Zukunft keineswegs günstiger.

Während des Krieges haben vor allem in Berlin eine Reihe von Kunstversteigerungen stattgefunden, die sämtlich auch ohne den Krieg hätten stattfinden müssen: Nachlaßversteigerungen, die meist schon wegen der finanziellen Regelung notwendig wurden. Auf diese Weise sind damals eine Anzahl der bedeutendsten Privatsammlungen Deutschlands zerstreut worden, fast alle im Laufe des Jahres 1917. Zuerst, um nur die wichtigsten zu nennen, die Sammlung des Malers Ludwig Knaus, dann die Sammlungen Stephan Michel (Mainz), Adolf von Beckerath, Richard von Kaufmann, Wilhelm Gumprecht, Georg Hirt, Albert von Oppenheim. Daß es zu diesen Versteigerungen kam, wäre in normalen Friedenszeiten eher günstig als schädlich gewesen, denn sie hätten das Sammeln guter alter Kunstwerke in Deutschland gefördert und neue Sammler entstehen lassen. Unter der Einwirkung des Krieges aber war der Erfolg ein wesentlich anderer, und zwar ein sehr ungünstiger. Denn durch die hohen Preise infolge der starken Konkurrenz des neutralen Auslands und der Bundesgenossen konnten deutsche Sammler sich kaum mit Erfolg beteiligen; die hervorragenden Werke dieser Sammlungen sind fast ausnahmslos ins Ausland gegangen, auch was zunächst von deutschen Händlern und Amateurmarchands erworben war. Neben diesen Versteigerungen gingen schon während des Krieges einzelne Verkäufe unter der Hand her, zu denen die kolossalen Preissteigerungen verführten; auch ausnahmsweise der Verkauf einer ganzen Sammlung, wie der der Gemäldesammlung von Karl von Hollitscher in Berlin. Aber erst der unglückliche Ausgang des Krieges hat eine Abwanderung unseres Kunstbesitzes in immer steigendem Maße zur Folge gehabt. Zunächst von zahlreichen einzelnen Kunstwerken, hervorragenden Bildern von Tizian, Rembrandt, Steen u. a., und namentlich von altem Kunsthausrat, dessen Verschleuderung ganz besonders zu bedauern ist; nimmt sie doch unseren alten Bürgerhäusern und den Landsitzen ihren heimischen künstlerischen Schmuck und damit zugleich die Erinnerung an eine biedere und große Zeit unserer Vergangenheit, nach der sich unsere Jugend zurücksehnen wird, wenn sie wieder zur Vernunft gekommen sein wird. Daneben sind verschiedene unserer besten Sammlungen, sämtlich Berliner Sammlungen, aus Deutschland verschwunden. Herr Dr. von Pannwitz hat seine enormen Kriegsgewinne ins Ausland gerettet und ist mit Sack und Pack nach Holland übergesiedelt; dahin hat er auch seine Kunstwerke, die er immer noch vermehrt, mitgenommen. Herr von Hollitscher ist nach der Schweiz verzogen und hat dort die Kunstwerke, die ihm von dem Verkauf in Berlin geblieben waren, namentlich seine Bronzen, verkauft. Herr Geheimrat Guttmann hat seine gewählte Sammlung von kunstgewerblichen Meisterstücken, namentlich von deutschem Silber der Spätgotik und Renaissance, im Haag einer Ausfuhrfirma verkauft oder zum Verkauf übergeben, nachdem er sie zuerst im vorigen Jahr in Kopenhagen und Stockholm ausgestellt hatte. Dieselbe Firma, welche jetzt die Sammlung Guttmann im Haag nebst hervorragenden Stücken aus altem Ostensischem und auch österreichischem Besitz ausgestellt hat, hat durch ihren strebsamen Direktor Bachstitz auch weitaus die reichste Sammlung von alten Gemälden und griechischen Antiquitäten in Deutschland von den Erben des kürzlich verstorbenen Fritz von Gans in Frankfurt erworben und bereits nach Holland gebracht. Herr Karl von der Heydt, der von Berlin nach dem Rhein zurückgezogen ist und dort in bescheidenem Maße, wie es zurzeit allein möglich ist, altdeutsche Kunst zu sammeln anfängt, hat schon vor Jahresfrist seine ganze Sammlung alter holländischer Bilder einer hiesigen Kunsthändlerfirma verkauft, von der sie ins Ausland gebracht worden sind. Die Gemälde und einzelne Teppiche und kunstgewerbliche Gegenstände der Sammlung W. von Dirksen sind von dem Konsortium deutscher Händler, die in Luzern ihre Exportfirma begründet haben, nach dort gebracht und meist schon verkauft worden.

Das größte Aufsehen erregte der schon bald nach dem famolen Frieden abgeschlossene Verkauf der holländischen Gemälde des Dr. James Simon, namentlich seines großen Franz Hals und seines herrlichen Jan Vermeer, die beide ihre Abnehmer in Amerika fanden. Daß besondere Gründe den Besitzer damals zu diesem Verkauf zwangen, beweist, daß er inzwischen seine ganze reichhaltige Sammlung deutscher Plastik und Dekorationsstücke, die zum größten Teil schon im Kaiser-Friedrich-Museum aufgestellt ist, den Museen zum Geschenk gemacht hat, und daß er auch jetzt seine zahlreichen ganz gewählten ägyptischen Kunstwerke, welche das Museum bisher nur als Leihgabe besaß, diesem zu Eigentum überwiesen hat. So ansehnliche Schenkungen sind zwar jetzt große Ausnahmen, aber trotz der schlimmen Zeit haben sie nicht ganz aufgehört und beweisen, daß der vornehme alte Sinn in Deutschland noch nicht erloschen ist. So hat unser trefflicher, vor wenigen Wochen verstorbener Kollege und hervorragende Gelehrte Dr. Dressel seine wertvolle Sammlung von antiken Münzen und Antiquitäten mitsamt seinem Vermögen den Museen vermacht und gleichzeitig haben wir eine hervorragende vielseitige Sammlung, namentlich von deutschen Künstlern des 15. und 16. Jahrhunderts, welche der in München lebende Dr. Clemens seiner Vaterstadt Köln zum Geschenk gemacht und dort im Kunstgewerbemuseum bereits zur Aufstellung gebracht hat. Aber solche Schenkungen müssen mit der reißenden Abwanderung der Sammlungen alsbald aufhören. Die kolossalen Steuern, namentlich die Erbschaftssteuer, verzehren jetzt fast den ganzen Nachlaß gerade der reichsten Leute. Sie machen auch vor ihren Sammlungen nicht Halt und zwingen die Erben geradezu, sie zu verkaufen, und zwar, da im Inland kaum ernste Käufer mehr sind (was an Sammlungen während des Krieges bei uns in Deutschland sich zu bilden begann, ist inzwischen längst in alle Winde zerstreut), sie ins Ausland zu verkaufen. Daß eine kleine Zahl der hervorragendsten Kunstwerke durch ein Ausfuhrverbot vor dem Verkauf nach dem Ausland geschützt worden ist, wird schwerlich viel nützen, wenn nicht die Kunstwerke vor der Erbschaftssteuer wenigstens teilweise geschützt werden. Der Staat macht ein Ausfuhrgesetz, um wenigstens die wichtigsten Kunstwerke im Privatbesitz in Deutschland zu erhalten, und durch die kolossalen Steuern treibt es sie selbst zum Lande heraus. Möge die Regierung dies rechtzeitig erkennen und durch eine Milderung in der Besteuerung der Kunstwerke die Erreichung ihres eigenen Zieles, die Erhaltung bedeutender alter Kunstwerke in Deutschland, ermöglichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201016018/fragment/page=0002

mann, auch gegen Sozialisten. An der sich dadurch einstellenden Demoralisation und Bestialität sind die Führer schuld. Allein im Juli dieses Jahres haben die Kriegsgerichte 800 erschießen lassen. Redner gibt noch terroristische Einzelheiten und fährt fort: Dieser Terror wird von der 3. Internationale anerkannt als Machtmittel einer sozialistischen Regierung. (Hört, hört!)

Man hat mich — Martoff — gefragt, ob ich nicht daran dächte, was mit meiner Person nach meiner Rückkehr geschehen werde, wenn ich gegen Sinowiew sprechen würde. Hunderte von meinen Parteigenossen schmachten in Sowjetgefängnissen. (Unaufhörliche Pfuirufe rechts. Ungeheurer Lärm gegen Sinowiew. Ruf: Schmeißt ihn raus!) Einmal wird doch der Tag kommen, wo die Kerntruppen der sozialistischen Arbeiter die Wahrheit verkünden wird über die bolschewistischen Machthaber und sich gegen ihre Taten wenden wird. (Stürmischer Beifall rechts.) Alle Traditionen des internationalen Sozialismus sind befleckt worden. Aber für die Apostel des Bolschewismus wird der Kasenjammer kommen.

Möge die alte U. S. P. feststehen an der Spitze der revolutionären Parteien! (Stürmisches Klatschen rechts, hubu! links. Großer Lärm. Läuten.)

Lojowski (von der Linken mit Beifall begrüßt): Meine Aufgabe ist, die Frage von Moskau und Amsterdam zu lösen. (Redner spricht gebrochen Deutsch. Er sagt selbst: Nicht beherrsche ich die deutsche Sprache, sie beherrscht mich.) Es ist heute die historische Erscheinung, daß durch den Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft sich zwei Schichten gebildet haben: die alten Träger des kapitalistischen Imperialismus einerseits und die Arbeiterschaft andererseits. Redner entwickelt die Geschichte der russischen Revolution. In der Revolution gibt es keine Mittellinie. Man muß entscheiden: Entweder, oder!

Bei Beginn der Erörterung des Redners über die Gewerkschaftsinternationale ruft Dißmann: Das ist nicht wahr! Darauf erhebt sich großer Lärm auf beiden Seiten.

Redner fährt fort: In dieser Internationale ist ein Arbeitsamt aus Unternehmern und Arbeitern gebildet worden, um Reformen vorzubereiten. Redner verliest den Arbeitsplan dieses Amts und fragt: Was tut in dieser reaktionären Organisation die deutsche Arbeiterschaft? (Mehrfache Zurufe rechts: Schwindel! Auch: Affentheater!) Nach weiteren Ausführungen des Redners setzt dann der Lärm ein.

Das Stenogramm der Rede Lojowskis wird geprüft, um etwaige beleidigende Aeußerungen festzustellen. Darüber wird es 1/8 Uhr. Endlich erklärt der Vorsitzende den Schluß der heutigen Tagung.

Zum Streik auf den Oberröblinger Braunkohlengruben.

Man schreibt uns:

Je länger der Streik sich ausdehnt, um so mehr kann die Beobachtung gemacht werden, daß ein großer Teil der Belegschaften von dem Streik nichts wissen will und nur dem Terror einiger radikaler Elemente sich unterwirft. Zum Teil sind die Belegschaften vor Ausbruch des Streiks überhaupt nicht befragt worden; eine Urabstimmung ist nirgends erfolgt, sodaß von einem Drängen der Belegschaften, wie die Arbeiterräte behaupten, nicht die Rede sein kann. Es zeigt sich also bei diesem Streik wieder aufs neue, welche Macht diejenigen ausüben, die ohne Verantwortlichkeitsgefühl für die Allgemeinheit und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse ihrer Kameraden, ihre persönlichen Absichten durchzudrücken versuchen. Es wird immer klarer, daß der Streik nicht um die ursprünglich genannten harmlosen Gesichtspunkte sich dreht, sondern zu einer Frage der Macht geworden ist. Sollen Elemente, die zur Durchführung ihrer politischen Ziele auch vor einem Vertragsbruch nicht zurückschrecken, die Herrschaft in den Betrieben haben oder diejenigen, deren Kenntnisse und Verantwortlichkeitsgefühl sie hierzu besser befähigen? Darum geht es!

Wenn durch die unüberlegten Handlungen weniger Treiber die Arbeiterschaft den Lohn für jetzt bereits 5 Tage verliert, so mag sie sich bei denen bedanken, die ihre Interessen so rücksichtslos mit Füßen treten. Einen Teil der Schuld muß sie jedoch bei sich selbst suchen, weil sie sich bisher nicht dazu hat aufraffen können, den politischen Drahtziehern Widerstand zu leisten und ihnen gegenüber ihre Interessen rücksichtslos zu vertreten.

Von Montag bis Freitag sind den Arbeitern des Oberröblinger Bezirkes mindestens 650 000 Mk. Löhne und Kindergelder verloren gegangen. Die Allgemeinheit hat eine Förderung von 25 000 To. Kohle und eine Brikettherstellung von 400 Waggon Braunkohlenbriketts eingebüßt. Da die Ueberlandzentrale Amsdorf, die an das Kraftwerk Rieser angeschlossen ist, infolge Kohlenmangels abgeschaltet werden mußte, haben die Landwirte keine Beleuchtung in den Ställen, keine Kraft zur Bedienung ihrer Maschinen. Die von der Ueberlandzentrale abhängigen Zuckerfabriken und Kaliwerke stehen zum Teil still. Die auf Oberröblinger Rohkohle angewiesenen Kaliwerke werden gezwungen sein, ebenfalls ihren Betrieb einzustellen.

Solche volkswirtschaftlichen Schädigungen treten ein, weil bestimmte Kreise der Arbeiterschaft es nicht einsehen wollen, daß sie verpflichtet sind, die zwischen den Organisationen vereinbarten Tarifverträge anzuerkennen und zu beachten.

Unterstützungen an Kriegsbeschädigte und Kriegsbinterbliebene. Der Reichsarbeitsminister hat angeordnet, daß Unterstützungen an Kriegsbeschädigte und Kriegsbinterbliebene aus dem letzten Weltkriege, sowie auch aus den früheren Feldzügen nicht mehr von den Hauptversorgungsämtern gewährt werden. Diese Aufgabe fällt vielmehr von jetzt ab den Hauptfürsorgestellen bezw. den örtlichen Fürsorgestellen allein zu. Die Antragsteller tun daher gut, ihre Unterstützungsgesuche nicht mehr an die Versorgungsbehörden (Hauptversorgungsämter bezw. Versorgungsämter) sondern in jedem Falle bei der örtlichen Fürsorgestelle anzubringen. Hierdurch werden Verzögerungen in der Bewilligung und unnötiger Schriftwechsel vermieden.

Lebensmittel-Bekanntmachungen.

50 Gramm Butter zum Preise von 1,55 Mark können in der Woche vom 18. bis 24. Oktober auf die Marke 43 der braunen Fettkarte für jede Person eines Haushaltes abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, 25. Okt., abzuliefern. Der Abschnitt 42 der Fettkarte wird für verfallen erklärt.

Kondensierte Milch. In der Woche vom 18. bis 24. Oktober hat die Abgabe der kondensierten Milch in Dosen an die Inhaber der Milchkarten der Klasse III auf die Sondermilchmarke W zu erfolgen.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 58 501—59 000 vorm. von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Graupen an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen, ferner von Kerzen, Malzextrakt, Trockenei und Bratfett an alle Haushalte in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 75 001—84 500 vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person der Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen 140 Gramm Graupen zum Preise von 20 Pf., an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mark für vier Stück, ferner an jede Person aller Haushalte 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mark, 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 1 Eier) zum Preise von 4 Mark und ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mark für das halbe Pfund abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Kirchliche Nachrichten.

20. Sonntag nach Trinitatis, den 17. Oktober 1920.

(Sammlung für Zwecke des Evangelischen Bundes.)

Abkürzungen: Abendmahl = (A.), Kindergottesdienst = (K.), Bibelstunde = (B.).

U. L. Frauen. 10: Bauke, 12: (A.) für Taubstumme, Oberpfarrer Zahn, 11¾: (K.) Gertraudenkapelle, Fritze, 11¾: (K.) Ref.-Realgymn., Knoblauch, abds. 6: Knoblauch (A.) derf., Donnerstag abds. 8½: Wochenandacht, Sophienstr. 6/8, Koepp, Freitag 4: Gottesd. z. Jahresfest der Stadtmission, Kuhle-Bethel.

St. Ulrich. 10: Thiede, abds. 6: Herm. Wagner, 11½: Francke (K.) Martinschule, Schütz, 11½: (K.) Kirche, Herm. Wagner.

St. Ulrich-Ost. 10: Kronderserstr. 6a, Herm. Wagner, 11½: (K.) daselbst, Thiede.

Moritz. 8½: Voigt, 10: Jacobi, 11¾: (K.) Keller, Hospital 8½: (K.) Keller.

Domkirche (ref. Gem.). 10: Lang, 11¾: (K.) Baumann, 6: Baumann, Freit. 8: Baumann.

Laurentius. 10: Ernst Wagner, 2: (K.) E. Wagner, 5: Hagemeyer, Dienst. 8: (B.) Gem.-H., Förster.

Stephanus. 10: Hagemeyer, 11½: (K.) Hagemeyer, 5: Meinhof, 6: (A.) Meinhof, Mittw. 3: Miss. Näh.-Ver., Gem.-H., Donnerst. 8: Zeitend. Meinhof Gem.-H. Freitag 8: Frauenhilfe Hagemeyer Gem.-H.

Diakonissenhaus. 10: Knak

Paulus. 25jähriges Gemeindejubiläum. 10: Bach (A.), 8: Festverl. Kirche, 11½: (K.) Haberland, 2: (K.) v. Broecker. Mittw 8: Gemeinsch.-Stde

St. Georgen. 10: Mitte (A.), 6: Wahldieck. Mittw. 8: (B.) Hellmann.

Riebeckstift. 8¾: Witte, Blindenanstalt 10: Hellmann. Donnerst. 5: (A.) derf.

Johannes. 10: Tischer, 11½: (K.) Tischer, 12¾: (K.) Butz, 2: (K.) Fahmer, 6: Fahmer.

Stadtmission. Sonntag abds. 8¼: Evangelisationsverf. Winterberg. Dienst. 8¼: Gemeinsch.-Stde.

Christliche Gemeinschaft (i. d. Landeskirche), Margaretenstraße 5. 11¼: K., 8¼: Evangelisation. Donnerstag 8¼: B.

Giebichenstein: Bartholomäus. 10: Kunitz, 11¾: (K.) Wind, 6: Molkenteller. Freit. 8: (B.) Pestalozzistr. 4, Hellwig.

Giebichenstein: Petrus. 10. Molkenteller, 11½: (K.) Kunitz.

Trotha. 10: Jenrich, 11¾ (K.) derf. Donnerst. 8: (B.) Jenrich.

Diemitz. 9½: Petzold, 10½: (K.) derf.

Ev. luth. Gemeinde, Weidenplan 4. 10: Gottesdienst.

Kunst und Wissenschaft.

Der neue Intendant für Essen. Die Essener Theaterkommission wählte als Nachfolger Dr. Beckers den Opernspielleiter Paul Strede aus Düsseldorf zum Intendanten.

Berufung. Dr. Hans Kroll, der vor kurzer Zeit erst an der Jenaer Universität promovierte, wurde als Ministerialrat und Referent für Ostfragen an das Auswärtige Amt nach Berlin berufen.

Operngastspiele in Eisenach. Die städtische Theaterkommission von Eisenach beschloß, mit den Theatern von Weimar, Gera, Dresden und Kassel Verhandlungen zwecks ausgedehnter Operngastspiele in Eisenach in die Wege zu leiten, da Eisenach keine eigene Oper besitzt.

Ernennungen zu Ehrendoktoren. Drei hochverdiente Förderer des bayerischen Hochschulwesens in schweren und stürmischen Zeiten wurden von der philosophischen Fakultät der Universität München zu Ehrendoktoren ernannt: der bayer. Kultusminister Dr. Matt, der Rektor der Universität München Geh. Rat Prof. Dr. med. Friedrich von Müller und der tapfere Verteidiger der Pfalz Regierungspräsident Dr. von Winterstein.

Der neue Dirigent der Meininger Hoftapelle. Der Rücktritt Prof. Pienings von der Leitung der Meininger Hoftapelle hatte eine Neubesetzung der Dirigentenstelle notwendig gemacht, um die sich 70 Bewerber bemüht haben. Der Verwaltungsrat der Kapelle hatte drei Dirigenten zur engeren Wahl gestellt. Es waren dies der Kapellmeister Berdlick-Bertoni aus Görlitz, ferner Peter Schmitz aus Köln und endlich Erich Ochs aus Berlin. Die Wahl stand bei den Kapelle-Mitgliedern, die jetzt, in einem gewissen Gegensatz zu Publikum und Presse (denen Erich Ochs der gegebene Mann erschien) Peter Schmitz aus Köln einstimmig zum Leiter der Hoftapelle wählten. Die Meininger Hoftapelle ist berühmt geworden durch ihre Dirigenten Bülow, Steinbach, Reger.

Vermischtes.

Unsre Zeppeline sollen immer noch größere Maße bekommen, denn die Zeppelin-Gesellschaft steht mit Holland, Schweden und den Vereinigten Staaten in Unterhandlungen, um auf internationaler Grundlage Luftschiffe zu bauen. Nach „Aeronautics" beträgt die Transjbähigkeit des neuen Typs 60 Tonnen; diese Schiffe könnten mit 500 Passagieren dreimal den Ozean überqueren, ohne Brennstoff aufzufüllen.

Folgen der Hungersnot in China. In China sterben täglich mehr als 1000 Personen den Hungertod und über 30 Millionen leiden schwer unter dem Mangel an Nahrungsmittel. So berichtet das Rote Kreuz, welches das amerikanische Staatsdepartement ersucht, sofort eine Hilfsaktion einzuleiten.

Pola Negris Brillanten. Der Hoteldiebstahl, durch den die Filmschauspielerin Pola Negri so empfindlich geschädigt wurde, ist jetzt durch die Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Die Diebe sind der Hausdiener Neureuther, der in dem Hotel, in dem die Künstlerin wohnte, bedienstet ist und dessen Freunde, die Brüder Otto und Karl Wendt. Neureuther ist der Anstifter des Diebstahls. Als Pola Negri das Hotel verlassen hatte, schloß Neureuther die Zimmer auf und stand Schmiere, während Otto Wendt die Sachen zusammenpackte. Dieser gab sie beim Wagenmeister am Eingang ab, wo sie Karl Wendt, der als Hotelgast auftrat, in Empfang nahm. Ein vierter Mann, der frühere Diener Hage hat die Sachen nach der Wohnung des einen Wendt gebracht. Sämtliche an dem Diebstahl beteiligten Personen sind verhaftet worden.

Getreide als Brennmaterial. Der „New York Herald" meldet, daß der Präsident der Vereinigung der amerikanischen Pächter, Howard, nach einer Besprechung mit einer Delegation der Pächter von Jowa erklärt habe, daß, wenn der Kohlenpreis in allernächster Zeit nicht sinke, die Pächter von Jowa gezwungen sein würden, einen großen Teil der diesjährigen Ernte als Brennmaterial zu benutzen. Der Preis der Kohle beträgt 22½ Dollar, während derjenige des Getreides sich nur auf 15¾ Dollar stellt. Außerdem besitze das Getreide ebenso viel Heizkraft wie die Kohle!

Wieder ein neuer Trick. Einem neuen Schwindel ist in Hamburg eine Kontoristin zum Opfer gefallen. Sie war bei einer Altonaer Firma angestellt und von dieser beauftragt, beim Postscheckamt Hamburg zwei Schecks über die Beträge von 5000 Mk. und 2748,50 Mk. einzulösen. Nachdem sie das Geld am Schalter erhalten hatte und den Raum verlassen wollte, wurde sie von einem Manne, der ihr ohne Hut und mit einem Bleistift in der Hand folgte an der Tür angehalten. Er sagte ihr, der eine Scheck über 5000 Mark wäre nicht ganz in Ordnung gewesen, sie solle das Geld nur zurückgeben und mit zum Vorsteher kommen. Sie vermutete in dem Mann einen Beamten des Postscheckkontos, gab ihm das Geld und wollte, bevor sie mit demselben zum Vorsteher ging, mit ihrem Chef telephonisch sprechen. Als die Kontoristin vom Telephonieren zurückkehrte, war der vermeintliche Beamte mit dem Gelde — verschwunden.

Vergleich. „Ja, mein Lieber, Frauen sind wie Kragen! Erst wenn man sie am Halse hat, weiß man, was für eine Nummer sie sind.

Das ist der Kasus. A.: „Weshalb hat sich dieser Parvenü mir denn nicht vorgestellt?" B.: „Wußte jedenfalls nicht, ob er sich „Ihnen" oder „Sie" vorstellen sollte.

(„Dorfbarbier".)

Wahres Geschichtchen. Die Tochter meiner Wirtin hat Heiratsplane. Durch eine Zeitungsanzeige überredet, läßt sie sich ein Buch gegen Einsendung von zwölf Mark schicken: „Was muß das junge Mädchen vor der Ehe wissen?" — Neulich kommt sie zu mir gelaufen und sagt erbost: „Denken Sie sich, da hat man mir ein Kochbuch geschickt!"

(„Der Brummer".)

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Anklage gegen Dr. Hermes.

Berlin, 15. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Infolge der Angriffe, denen der Reichsernährungsminister Dr. Hermes auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kassel ausgesetzt war, ist es tatsächlich nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Krise im Reichsernährungsministerium kommen wird. Dr. Hermes, der der Zentrumspartei angehört, hat zwar einen großen Anhang in seinen Kreisen, doch ist es nicht sicher, ob ihn seine Partei gegenüber den schweren Angriffen wird halten können. Es wird in Zentrumskreisen geltend gemacht, daß Dr. Hermes weder für den nicht rechtzeitigen Einkauf von Oel noch für den von Schmalz verantwortlich gemacht werden könne, da zu jener Zeit in Deutschland genügend Oelvorräte vorhanden gewesen wären. Trotzdem man also im Zentrum nicht anerkennt, daß tatsächliche Gründe gegen die Weiterführung des Amtes Dr. Hermes sprechen, glaubt man doch, daß er gegen den unbedingten Widerspruch der Sozialdemokratie nicht zu halten sein wird. Das Zentrum würde in diesem Falle aber darauf bestehen, daß der Nachfolger Hermes wieder der Zentrumsfraktion entnommen wird.

Graf Sforza nicht zurückgetreten.

WTB. Berichtigung: Die Nachricht von dem Rücktritt des Grafen Sforza beruht auf einem telephonischen Hörfehler, es muß richtig heißen: Der Minister des Aeußern Graf Sforza ist zurückgekehrt.

Deutschlands Stellungnahme zur internationalen Konferenz.

Basel, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Baseler Nationalzeitung" meldet, daß die deutsche Regierung fest entschlossen sei, auf die Teilnahme an einer internationalen Konferenz, auf der sie nach der Forderung Frankreichs und Belgiens nicht als vollberechtigtes Mitglied angesehen würde, zu verzichten.

Eine Warnung Lloyd Georges.

WTB. Amsterdam, 15. Okt. „Telegraaf" meldet aus London. Lloyd George drückte in einem Schreiben an Smillie die Hoffnung aus, daß der Streik der Bergarbeiter noch vermieden werde. **Die nachteiligen Folgen des Streiks würden nicht allein auf England sich beschränken, sondern auch von den Völkern Europas gefühlt werden, die mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten und die augenblicklich von der Ausfuhr englischer Kohlen abhängig seien. Elend und Entbehrungen, die die Lahmlegung dieser Ausfuhr verursachen würde, seien unvermeidlich. Die Regierung hat alles getan, um eine Katastrophe zu verhindern.**

WTB. London, 15. Okt. (Drahtnachricht.) **Die Bergarbeiterkonferenz trat heute wieder zusammen, um über den Brief Lloyd Georges zu beraten. Da die Haltung der Regierung als unzureichend angesehen wurde, beschloß die Versammlung, ein Telegramm in das Kohlengebiet zu senden mit der Weisung, in den Streik zu treten.**

Nachträgliche französische Forderungen.

Genf, 15. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des „Temps" beabsichtigt die französische Wiedergutmachungskommission nachträglich Ansprüche an die deutsche Regierung zu erheben. Diese Ansprüche erstrecken sich auf die angebliche Zerstörung von französischem Eigentum in Konstantinopel und in der anderen Türkei.

Eisenbahnerstreik in Polen.

WTB. Wien, 15. Oktober. Wie die Blätter aus Mährisch-Ostrau melden, sind gestern die Eisenbahner sämtlicher polnischen Eisenbahnlinien in einen Lohnstreik getreten.

Keine litauische Werbearbeit in Deutschland.

WTB. Kowno, 15. Okt. (Drahtnachricht.) Die Berichte, als ob die litauische Regierung für die Kämpfe gegen die Polen deutsche Truppen anwerbe und das Gerücht über eine Kooperation zwischen deutschen und lettischen Truppen entbehren jeder Begründung.

Ende des Chemnitzer Streiks.

WTB. Chemnitz, 15. Oktober. Die städtische Arbeiterschaft beschloß in einer am Vormittag abgehaltenen Versammlung, die zwischen Vertretern beider Parteien gestern getroffenen Vereinbarungen, welche ansehnliche Lohnerhöhungen bedeuten, anzunehmen. Der seit Sonnabend dauernde Streik ist damit beendet.

Fortdauer des Streiks in Dresden.

WTB. Dresden, 15. Oktober. Die Verhandlung zwischen dem Rat und der örtlichen Streikleitung am Donnerstag nachmittag führte lediglich zur Verlängerung des bereits getroffenen Abkommens bis Sonabend vormittag. Alle Versuche, eine Erweiterung der von der Streikleitung übernommenen Notstandsarbeiten, insbesondere hinsichtlich der Strom- und Gasversorgung herbeizuführen, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Streikleitung.

Antisemitische Kundgebung in Wien.

Wien, 15. Okt. Nach Blätter-Meldungen aus Budapest fanden gestern in der dortigen Universität antisemitische Kundgebungen vor der Universität statt. Es kam zu Prügeleien, wobei der Chauffeur des Unterrichtsministers schwer verletzt und mehrere Universitätshörer verletzt wurden. Auf Verfügung des Dekanats der philosophischen Fakultät sind die Einschreibungen bis auf weiteres eingestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201016018/fragment/page=0003

Provinzial-Nachrichten.

Die gerichtliche Sühne für den Ueberfall auf Hindenburg.

Hannover, 15. Oktober. Der Einbrecher Galli, der seinerzeit in der Villa Hindenburgs einen Einbruch verübte und dabei auf den Generalfeldmarschall mehrere Schüsse abgab, wurde heute von der Strafkammer zu Hannover zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Hindenburg und sein Sohn waren als Zeugen zur Verhandlung erschienen.

√ **Bitterfeld, 15. Oktober.** (250 Jahre Zunft.) Die Schmiede-, Schlosser- und Nagelschmiede-Innung zu Bitterfeld beging am Montag anlässig ihrer Quartalversammlung ihr 250-jähriges Jubiläum. Der Vorsitzende teilte mit, daß das Gründungsjahr leider nur noch durch die vorhandene und in Benutzung befindliche Lade mit den Jahresaufschriften 1670, 1770, 1870 zu ermitteln sei. Die Akten und Protokolle reichen nur bis zum Jahre 1737 zurück.

□ **Apolda, 15. Oktober.** (Diebe als „Kriminalbeamte“. Zwei angebliche Kriminalbeamte kamen nach Niedertrebra zu einem Landwirt mit der Erklärung, sie hätten den Auftrag, die Banknoten zu kontrollieren. Der Bauer händigte sein Papiergeld auch aus. Die Schwindler verlangten die Hinzuziehung des Bürgermeisters und benutzten die Zwischenzeit, um mit einem Betrag von 100 000 Mark zu verschwinden.

♤ **Eisleben, 15. Oktober.** (Die hiesige Oberrealschule) feiert am 21., 22. und 23. Oktober ihr fünfzigjähriges Bestehen. Von der Schule sind für diese Tage größere Feierlichkeiten geplant. Alle ehemaligen Schüler der Anstalt sollen zur

Frankenhausen, 15. Okt. (Zur Erhaltung der Ruinen auf dem Kyffhäuser (Kyffhäuser und Rothenburg) hat sich der Kyffhäuser-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände bereit erklärt, die Hälfte der Kosten zu tragen. Die andere Hälfte wird von der Günther-Stiftung, die das Gebiet an Stelle der Staatsregierung verwaltet, aufgebracht.

* **Lobenstein, 15. Okt.** (Ein begehrter Posten) ist der eines Bürgermeisters in Lobenstein. Nicht weniger als 100 Bewerbungen sind eingegangen. Darunter befinden sich 9 Juristen oder Volkswirtschaftler, 24 Bürgermeister, 2 Baumeister, 1 Rittmeister, 2 Bureauvorsteher, 37 Sekretäre oder Obersekretäre, 6 Assessoren, 1 deutschnationaler Parteisekretär, 14 Kontrolleure und Kassenbeamte und 4 Angehörige verschiedener Berufe.

Magdeburg, 15. Okt. (Magdeburgs Schwimmhallen geschlossen.) Magdeburg hat einmal den Ruhm gehabt, die erste geschlossene Schwimmhalle Deutschlands zu besitzen: das Friedrichsbad. Heute ist es veraltet. Neuer ist das Wilhelmsbad mit seiner vortrefflichen Schwimmbahn. Beide gehören einer von der Stadt stark unterstützten A.-G., die nie Geschäfte machte und jetzt liquidiert. Die Bäder aber wurden geschlossen. Die Folge ist, daß Magdeburg außer den städtischen Volksbadehäusern keine Badeanstalt mehr besitzt. Nun wollen die Schwimmvereine den Versuch machen, wenigstens das Wilhelmsbad mit städtischer Unterstützung zu pachten. Die Stadt wird auch ihrerseits weitere Verhandlungen führen, die aber jetzt sonderbarerweise schwieriger sind, da die ehemals tief unter pari stehenden Aktien heute infolge des Materialwertes der Anlagen verhältnismäßig hoch bewertet werden.

Magdeburg, 15. Oktober. (Die mitteldeutsche Ausstellung verschoben.) Der gemischte Ausschuß hat beschlossen, die Eröffnung der Mitteldeutschen Ausstellung für Siedlung, Sozialfürsorge und Arbeit, die für nächsten Sommer geplant war, um ein Jahr hinauszuschieben. Die Notwendigkeit dazu hat sich aus der durch die wirtschaftlichen Folgen der politischen Märzereignisse hervorgerufene Stockung in den Werbungsfortschritten ergeben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Fakturierung in Auslandswährung.

Hierzu schreibt der Reichsverband der deutschen Musikinstrumentenindustrie: „Tatsache ist, daß der deutschen Volkswirtschaft seit der Revolution durch den von den Außenhandelsstellen ausgeübten Zwang nach Ueberpariländern in fremder Valuta zu fakturieren, ganz erhebliche Werte erspart geblieben bezw. zugeflossen sind. Trotzdem machte sich auch z. B. in der Musikinstrumentenindustrie gegen den Zwang der Fakturierung in fremder Valuta wie er in verschiedenen dem Reichsverband der deutschen Musikinstrumentenindustrie angeschlossenen Fachindustrien durchgeführt ist, hauptsächlich in Exporteur- und Händlerkreisen eine recht starke Opposition geltend. Von diesen Seiten wurde durchweg angeführt, daß die Stagnation in der Industrie einzig und allein dem Zwange der Fakturierung in Auslandswährung zuzuschieben sei. Indessen läßt die wenig stabile Haltung der deutschen Mark und die dadurch bedingte ständige Aenderung in der Preisstellung bei Markfakturierung das Vertrauen des Auslandes zu uns, dessen wir so dringend bedürfen, niemals aufkommen, dagegen kann man bei der Fakturierung in Auslandswährung, sofern ein Standardkurs festgelegt oder noch besser ein Umrechnungsmodus gewählt ist, der ein für allemal dem Sinken und Steigen der Mark Rechnung trägt, zweifellos von stabileren Verhältnissen und einer festen Preisstellung sprechen. Gerade in dieser Beziehung hat die Musikinstrumentenindustrie sehr gute Erfahrungen gemacht, indem sie seit Anfang des Jahres einen Umrechnungsmodus für die Mark für jedes einzelne Land festgelegt hat. Dieser Umrechnungsmodus war so gewählt, daß, abgesehen von geringen Zuschlägen für Norwegen, Dänemark, Belgien und Italien bisher keinerlei Umänderungen vorgenommen werden mußten. Das Ausland selbst wollte deshalb auch, als einmal die Anderung der Bestimmung der Auslandsmarkfakturierung erörtert wurde, unbedingt an den bisherigen Bestimmungen festgehalten wissen, mit dem Hinweis darauf, daß man bei einer Fakturierung in Mark immer wieder Preisstellungsänderungen eintreten müßten.“

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 15. Oktober. Wenn auch in einigen in der letzten Zeit reichlich starkgestiegenen Industriepapieren die Kauflust nachließ und leichte Kursrückgänge darin eintraten, so bot die Börse in ihrer Gesamtheit doch heute wieder bei unvermindert starkem Geschäft in zu schwankenden und zu Einheitskursen gehandelten Papieren das gleiche Bild wie bisher. Unvermindert stark ist die Beteiligung des Publikums besonders am Kassaindustriemarkt, wo die Maklerschranken umlagert bleiben und sich die Kursfeststellung von Tag zu Tag weiter hinauszieht. Am Montanmarkt erfuhren heute Deutsch-Luxemburg, Laurahütte und Phönix Steigerungen bis zu 20 Prozent, die übrigen Papiere geringere. Bei Farb-, Elektro- und in sonstigen Papieren betrugen die Kurssteigerungen bis zu 10 Prozent und gingen bei Hirsch-Kupfer, Rhein-Metall und Köln-Rottweiler wesentlich darüber hinaus. Realisierungen drückten den Kursstand von oberschlesischen Koks, Siemens u. Halske, Adlerwerke und Gebr. Böhler etwas zurück. Vernachlässigt blieben wiederum Schiffahrtswerte, sowie Petroleum-, Kolonial- und Auslandswerte, letztere trotz der erneuten wesentlichen Steigerung der Devisenpreise. Valutapapiere hatten lebhaftes Geschäft. Banken-, sowie Rentenmarkt ist im wesentlichen nur wenig verändert.

Devisenkurse.

Berlin, 15. Oktober

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam-Rotterdam	2162 80	2167,20	2115,35	2119,65
Brüssel-Antwerpen	487,90	488,00	471,50	472,50
Christiania	951,50	953,50	936,55	938,45
Kopenhagen	968,00	971,50	949,05	950,45
Stockholm	1378 60	1376,40	1341,65	1344,35
Helsingfors	181,30	181,70	177,80	178,20
Italien	274,70	275,30	269,40	270,00
London	244,00	244,50	238,00	238,50
New York	70,17	70,32	67,93	68,07
Paris	460,50	461,50	448,05	448,95
Schweiz	1113,85	1116 15	1088,90	1091,10
Spanien	1003,95	1006,05	979,00	981,00
Wien (altes)	23,47	23,53	23,47	23,53
(Deutsch-Oest. abgest.)	24,47	24,53	24,22	24,28
Prag	83,52	83,72	83,27	83,47
Budapest	18,38	18,42	18,43	18,47
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 15. Oktober. Im Zusammenhang mit der täglichen Steigerung der Devisenpreise sind auch heute die Forderungen für Mais wieder erhöht worden. Das Inland bleibt dafür Käufer, so daß das Geschäft ziemlich bedeutend war. Von Hülsenfrüchten waren Speiseerbsen bei weiter erhöhten Preisen gesucht, dagegen waren für Futtererbsen trotz andauernder Nachfrage, sowie für Peluschken, Ackerbohnen und Wicken höhere Preisforderungen der Abnehmer von auswärts nicht durchzusetzen. Für Raps und Rübsen werden auswärts höhere Preise als hier gezahlt. Die übrigen Artikel hatten reges Geschäft. Wetter bedeckt.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 14 Oktober.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	290—312	290—310
„ „ kleinere	220—260	220—250
Futtererbsen	160—190	160—190
Linsen	400—475	400—475
Peluschken	150—177	150—175
Ackerbohnen	160—181	160—181
Wicken	130—160	130—160
Lupinen, blaue	70—90	70—90
„ gelbe	80—105	80—105
Seradella, alte	75—80	75—80
„ „ neue,	100—110	100—110
Vicia villosa,	—	—
Raps	435—440	428—430
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	370—385	370—385
Mohn	550—620	550—610
Senfsaat	180—210	180—210
Hirse, inländisch	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	80—82	80—82
Torfmelasse	63—70	68—70
Wiesenheu. lose	28—31	28—31
Kleeheu	38—42	38—42
Stroh, drahtgepreßt	23—25,50	23—25,50
„ gebündelt	21—23	21—23,00
Mais. loko Hamburg, Bremen	—	—
„ per	192—193	183—184
Kartoffeln, sortiert	—	9,10—9,20
Reis, frei Kaiwagg. Hamburg per 1 kg	—	9,00
Brasilian, Vollreis per	9,20—9,30	10,00
„ „ per	9,10	8,85
Burmareis, 14 tägig per	10,00	—
„ „ per	—	—

Metallnotierungen.

Berlin, 15. Oktober. Preise für 100 Kilogr. in Mark. Raffinade Kupfer 98—99 Proz. 2150—2200, Orig. Hüttenweichblei 750, Orig. Hüttenrohzink im freien Verkehr 940—950, Remelted Plattenzink 625—635, Orig. Hütten-Aluminium 98—99 Proz. (in gekerbten Blöckchen) 3550—3650, Orig. Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 3700—3875, Zinn (Banca, Steaits, Billiton) 6150—6200, Hüttenzinn (mindestens 99 Proz.) 6000 bis 6100, Reinnickel (98—99 Proz.) 4500—4550, Antimon (Regulugs) 950, Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kg. 1500—1510, Elektrolytkupfer 2738.

Reichsnotopferhypotheken. Der Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten hat an den Reichsminister der Finanzen eine Eingabe gerichtet, in welcher eine Aenderung der Bestimmungen in § 36 des Reichsnotopfergesetzes vorgeschlagen wird. Durch die Aenderung sollen Bareinzahlungen auf das Reichsnotopfer, soweit letzteres auf den Grundbesitz entfällt, in weitestem Umfange ermöglicht werden. Erreichen läßt sich dies, wenn die jetzige einengende Vorschrift, nach welcher eine Reichsnotopferhypothek nur von der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Kreditanstalt gegeben werden kann, die das Grundstück erststellig beliehen hat, beseitigt, und den Kreditsuchenden volle Freizügigkeit innerhalb aller vorgenannten Kreditanstalten gewährt wird. Weiterhin ist es notwendig, daß die Eintragung, Abänderung und Löschung nicht nur der Reichsnotopferhypotheken, sondern auch aller anderen Hypotheken, die dem gleichen Zwecke dienen, kosten-, stempel- und gebührenfrei erfolgt. — Die Regierung steht diesem Antrag sympathisch gegenüber.

Ein neuer Konzern zur Fleisch- und Fettversorgung Deutschlands. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft von Fleisch und Fett hat dazu geführt, daß unter Führung der Firma Hecht, Pfeiffer u. Co., Berlin sich in diesen Tagen ein neuer Konzern gebildet hat, dem große Kölner und Berliner Firmen, darunter beispielsweise die Firma Labonté u. Grieff, Rotterdam und Köln, die Firma Salm u. Wihl, Köln, die Firma David Mayer, Köln, und die Firma Ernst Bisold u. Sohn, Berlin angehören und der unter der Firma „Fleisch- und Fett-Konzern G. m. b. H.“ die Einfuhr und die Verteilung von lebendem Vieh, Fleisch- und Fettwaren betreiben wird, indem er sich dabei speziell der großen ausländischen besonders überseeischen Verbindungen der Firma Hecht, Pfeiffer u. Co. und der fachmännischen Erfahrungen sowie der Verteilungsorganisation der übrigen Firmen bedienen wird.

Neue Fusionsverhandlungen im Versicherungsgewerbe. Zwischen der Nordstern-Lebensversicherung A.-G. in Berlin und der „Teutonia“ Versicherungs-Akt.-Ges, in Leipzig fanden Verhandlungen wegen einer Fusion statt, die, nach der „Frkf. Ztg., schon weit gediehen sind.

Grade-Motorwerke Akt.-Ges. in Magdeburg. Die unter dem Vorsitz von Kaufmann Schrader-Magdeburg abgehaltene außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals um 4½ auf 6½ Mill. Mark. Diese 4½ Millionen Mark neuen Aktien, die zur Hälfte an der Dividende des laufenden Geschäftsjahres teilnehmen, werden von dem Bankhause Carl Rudorff in Berlin mit der Verpflichtung übernommen, 1 Mill. Mark zum Parikurse den Gesellschafter-Darlehnsgläubigern zwecks Tilgung der auf die Fabrikgrundstücke eingetragenen Darleben zu überlassen und von den restlichen 3½ Millionen Mark zum Kurse von 115 Proz., zuzüglich 5 Proz. Stückzinsen seit dem 1. August 1920, 2 Millionen Mark der „Nabag“ Akt.-Ges. in Berlin-Lichtenberg und 1½ Millionen Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 4 : 3 anzubieten. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr wurden als befriedigend bezeichnet.

Deutscher Automobil-Konzern (D. A. K.) G. m. b. H. Die folgenden Automobilfabriken: Dux Automobil-Werke A.-G. in Wahren bei Leipzig, C. D. Magirus A.-G. in Ulm, „Prestowerke“ A.-G. in Chemnitz und Vogtländische Maschinenfabrik (vorm. J. C. & H. Dietrich A.-G.) in Plauen haben unter der Firma „Deutscher Automobil-Konzern“ mit dem Sitze in Leipzig eine Gesellschaft gegründet, deren Zweck insbesondere der gemeinschaftliche Absatz aller von den Gesellschaften hergestellten Automobile und Teile von Automobilen sowie die Durchführung von Maßnahmen zur Spezialisierung und Typisierung der Fabrikation ist.

×× **Unter dem Namen Unstrutwerke für Holzbearbeitung** wurde mit dem Sitz in Artern eine neue G. m. b. H. gegründet, deren Leiter der Bankdirektor Herr Büchner vom Artener Bankverein und der Direktor Paul Asmy sind.

Gewerkschaft Siegfried I in Vogelbeck. Im Geschäftsjahr 1919 ergab sich nach Tilgung des Verlustvortrages aus den Vorjahren von 417,820 Mk. ein Reingewinn von 3 126 805 (286 376) Mk. Hieraus sollen 2,5 Mill. Mark Ausbeute gezahlt werden. Wie die Verwaltung hierzu bemerkt, wurde der Betrieb durch Kohlenmangel und Arbeiterschwierigkeiten stark beeinträchtigt. Trotz der dreimaligen Erhöhungen der Inlandpreise ist im Inlandabsatz ein genügender Ausgleich für die erhöhten Herstellungskosten nicht erzielt worden. Der Ueberschuß ist lediglich auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen, das infolge des starken Valutasturzes Ende des Jahres einen beträchtlichen Mehrerlös erbrachte. Die Beteiligung am Kalisyndikat stellte sich Anfang 1919 auf 8,7415 pro Mille und ist am Ende des Jahres auf 8,5031 pro Mille gesunken. In der Bilanz erscheinen u. a.: Debitoren mit 3 925 178 (238 346) Mk., die Kreditoren andererseits mit 4 460 466 (573 297) Mk.

Preßspanfabrik Untersachsenfeld, A.-G. vorm. M. Reilinger, Untersachsenfeld. Der Aufsichtsrat schlägt der am 30. d. M. stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 30 Proz. (i. Vorj. 12 Proz.) vor.

§§ **Die deutsche Celluloidfabrik, A.-G., in Eilenburg** nimmt demnächst die Großfabrikation pharmazeutischer Präparate auf und errichtet zu diesem Zweck bei Eilenburg eine Serumstation.

§ **Aktienmalzfabrik Eisleben.** Der Aufsichtsrat beschloß eine Dividende von 10 Prozent gegen 8 im Vorjahr vorzuschlagen.

♤ **In dem Konkurs der Sächsisch-thüringischen Möbel- und Ausstattungsfabrik Schenker in Rudolstadt** sind zur Schlußverteilung auf 261 862 Mk. vorrechtslose Forderungen 13 093 Mk. verfügbar.

Berliner Börse

vom 15. Oktober 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch.Schatzsch VI—IX	73,00
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50
4% „ „	67,60
3½% „ „	58,20
3% „ „	63,90
4% Preuß. Konsols	63,40
3½% „ „	55,00
3% „ „	51,75
4% Charl. Stadtanl. 89/99	91,50
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs.Neulandsch Pfdbl	—
4% Preuß. Centr.Bod. Pfdbl	95,60
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	96,25
4½% Dess.Gas Oblig	—
4% DessauerGas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	24,10
4% Ungar. Goldrente	56,75
4% Ungar. Kronenrente	25,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst. - Blankenb.	75,25
Halle-Hettstedter	64,25
Schantungbahn	635,00
Allg. Lokal-Str.	104,00
Gr. Berl. Str.	—
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	500,00
[illegible]	
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	181,25
Hambg. Südamerika	245,00
Hansa-Dampfschiff.	286,00
Nordd. Lloyd	180,50
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür	176,00
Berl. Handelsges.	224,50
Commerz-Diskontobank	186,50
Darmstädter Bank	163,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	314,50
Diskonto-Comm.	227,00
Dresdner Bank	198,00
Leipzig. Credit-Anst.	172,50
Mitteld. Kreditbank	161,00
Mitteld. Privatbank	180,00
Nationalbank	171,00
Oesterr. Kredit	85,00
Reichsbank	151,75
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	295,00
Akt. f. Anilin	426,00
Allgem Elektr. Ges.	295,50
Ammendorfer Papierfabrik	750,00
Anhalter Kohlenw.	318,00
Annaberger Steingut	555,00
Badische Anilin	500,00
Bergmann Elekt.Akt.	253,00
Berl. Masch.-Bau	355,00
Bismarckhütte	785,00
Bochumer Gußstahl	601,00
Chem.-Fabr. Buckau	409,00

Chem. Griesheim	348,00
Chem. Heyden	439,00
Consolidation Schalk	790,00
CröllwitzerPapierfbk	314,75
Daimler Motoren	255,75
Deutsche Luxemburg	383,00
Deutsche Treuhandgesellschaft	1080,00
Deutsche Erdöl	1840,00
Deutsche Gasglühl.	—
Deutsche Kali	470,00
Deutsche Waffen und Mun.	450,00
Donnersmarckhütte	480,00
Döring & Lehrmann	210,00
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	375,00
Elberfelder Farben	270,00
Felten & Guillaume	485,25
Gasmotoren Deutz	680,00
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	320,00
Gelsenkirchen Berg.	385,50
Glauziger-Zuckerfbk	485,25
Hallesche Maschfbk.	680,00
Hann. Masch.	470,00
Harpener Berg	—
Hasper Eisen	—
Hirsch Kupfer	350,00
Höchster Farbwerke	—
Hoesch Eisen u. Stahl	615,00
Hohenlohe Werke	—
Humboldt Masch.	230,50
Ilse Bergbau	401,50
Kahla Porzellan	560,00
Kaliw. Aschersleben	520,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	219,84
Lauchhammer	460,00
Laurahütte	431,50
Linke & Hofmann	450,00
Ludwig Loewe & Co.	376,00
Lothringer Hütte	374,00
Mannesmannröhren	508,50
Masch.-Fabr. Buckau	—
Oberschl. Eisenb.-Bd.	300,00
do. Caro Hag.	307,00
do. Kokswerke	545,00
Orenstein & Koppel	330,00
Phönix Berg	622,00
Rhein. Metall-Vorz.	360,00
Rhein. Stahlwaren	525,00
Riebeck. Montan	—
Rombacher Hütten	367,00
Rositzer Braunk.	—
Rositzer Zucker	319,75
Sangerhäuser Masch.	700,00
HugoSchneider A.-G.	339,00
Schuckert & Co.	252,00
Siemens & Halske	325,00
Stettiner Cham.	385,00
Stettiner Vulkan	285,50
Stollberger Zinkh.	380,00
Strals. Spielkarten	478,00
Thale-Eisenhütte	706,00
Triptis Porzellan	307,75
Türk. Tabakregie	—
Ver. Köln-Rottweiler	395,00
Ver. Glanzstoff	825,00
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	977,00
Wittener Gußstahl	960,00
Wrede Mälzerei	170,00
Zeitzer Masch.	558,00
Zellstoff Waldhof	485,00
Otavi-Minen	795,00
Hildebrand, Mühlen	211,00

Tendenz: fest.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 15. Oktober 1920.

Chemnitzer Bankverein	164,00	Mansfelder Kuxe	4650,00
Leipziger Hypoth. Bank	151,00	Oelsnitzer Kuxe	915,00
Mitteld. Privatbank	180,75	Pittler, Leipzig	4[illegible]8,00
Cröllwitzer Papierfabk.	—	Prehlitzer Stamm-Akt.	1450,00
Glauziger Zuckerfabk.	490,00	„ Priorit.-Akt.	2000,00
Gr. Leipziger Strassenbahn	149,00	Riebeckbier	—
		„ Vorzugs-Akt.	123,00
Hallesche Zuckerfabk.	342,00	Rositzer Zuckerfabk.	317,00
„ Zementfabk.	156,00	Rudelsburger Zementfabk.	—
Hugo Schneider, Paunsd.	346,00	Sachsenwerk	456,00
Körbisd. Zuckerfabk.	396,00	Sondermann u. Stier	265,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	408,00	Stöhr u. Co.	565,00
Leipziger Malzfabrik	150,00	Zimmermann, Halle	180,00
		Zimmermann, Chemnitz	241,00

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201016018/fragment/page=0004